

Enquete über die Vermögensabgabe.

Die Enquete über die Vermögensabgabe beendete gestern ihre Beratungen. Den breitesten Raum der Diskussion nahmen die Vorschläge für einen eventuellen Ersatz der Vermögensabgabe ein. Als solcher wurden die verschiedenartigsten Monopole (Spiritus, Getreide- und Rohöl-, Wasserkraft-, Stickstoff-, Bergbau-, Süßstoff- und Versicherungsmonopol), ferner eine Zwangsanleihe zu 2½ Prozent mit einer durch mehrere Jahre andauernden jährlichen etwa zweiprozentigen Vermögensabgabe, die Eintreibung der Steuerrückstände, Steuerantizipationen in Kriegsanleihe, Beschränkung des Erbrechts vorge schlagen. Unter anderem wurden auch eine Revision der Preise für Kriegslieferungen, die Aufstellung eines umfassenden Finanzplanes, ein Steuerfluchtgesetz und ähnliche Maßnahmen verlangt.

Der Vorsitzende, Staatsrat Dr. Ellenbogen, dankte den Experten für ihre Mühewaltung und konstatierte in seiner zusammenfassenden Schlussrede, daß die Notwendigkeit der Vermögensabgabe von keiner Seite bestritten wurde, daß Unterschiede nur in bezug auf den Zeitpunkt ihrer Einführung, ihre Höhe, die vorher zu treffenden Maßnahmen und sonstige Detailfragen geltend gemacht worden sind. Im übrigen hänge die Beurteilung der Frage der Vermögensabgabe von der Weltanschauung und von dem politischen und wirtschaftlichen Standpunkte ab, den der einzelne zu den gegenwärtigen gewaltigen Umwälzungen einnehme.